

14. DER HYPERAKTIVE - MICHAEL SAAKASCHWILI

Michael Saakaschwili wurde am 21. Dezember 1967 in Tbilisi geboren. Bemerkenswerter Zufall, er kam 21. Dezember zur Welt, dem Geburtstag von Josef Stalin, den er nach einigen Quellen lange Zeit für sein Idol hielt.

„Mischas“ Opa mütterlicherseits diente dem georgischen NKWD. Er beschäftigte sich unter dem Dach von Laurentij Beria (damals Minister für Staatssicherheit, de-facto zweitmächtigste Person nach Stalin) mit nationalen Problemen, von denen es zu der Zeit eine ganze Menge gab. Ein separates Thema in diesen Auseinandersetzungen war der Wunsch Berias, die jüdische und aserbaidische Intelligenz in Georgien in den Hintergrund zu drängen.

Saakaschwilis Vater - Nikolos Saakaschwili - war Arzt und ein sehr gebildeter Mensch. Aber ihn hat Mischa nie wirklich kennengelernt, weil er die Familie noch vor der Geburt des Sohnes wegen einer anderen Frau verließ.

Saakaschwilis Mutter - Giuli Alasania - ist Professorin, Historikerin. Sie beherrscht die türkische Sprache und beschäftigte sich viele Jahre mit der Übersetzung von Zeitdokumenten aus der Geschichte des mittelalterlichen Georgiens. Nach der Scheidung vom ersten Ehemann heiratete sie einen bekannten

Physiologieprofessor. Ein gutes Verhältnis zu ihm konnte Mischa nie aufbauen, und seinem leiblichen Vater gegenüber hegte er einen geheimen Groll. Einerseits wollte er so stark und mutig sein, wie er sich seinen Vater gern vorstellte, andererseits blieben in seinem Inneren die Kränkung über das Verlassen worden sein und daraus resultierend ein ständiges Misstrauen gegenüber anderen Menschen.

Nach Sigmund Freud beruhen die beim Erwachsenen vorhandenen Abweichungen von der Norm im Verhältnis zu anderen Menschen, selbst wenn sie geringfügig sind und nicht sofort ins Auge fallen, auf den in der Kindheit erfahrenen Traumata. Man kann mit großer Sicherheit sagen, dass der ohne feste familiäre Bindungen aufgewachsene, von den Mitschülern gequälte Mischa sich abkapselte, und er hinter seinem zur Schau getragenen Temperament sein stark mangelndes Selbstbewusstsein verbarg. Die Psychoanalytiker behaupten, dass falsche Signale in der Kindheit, Konflikte mit den Eltern, zur Bildung von postpubertären Hemmungen führen. Manchmal aber auch zu dem Wunsch, seiner Ängste auf Kosten anderer los zu werden.

Man könnte sagen, dass seine Kindheitsprobleme im Erwachsenenalter zu einer unstillbaren Gier nach Macht geworden sind. Machtgier ist eine der möglichen Normabweichungen, eine Art psychische Krankheit. Ihr liegt der Wunsch nach Kompensierung von tatsächlichen oder eingebildeten Defekten

zugrunde. Der kleine Mischa fühlte sich viele Jahre hindurch „defekt“, und erst zum Ende der Schulzeit konnte er den Rückstand gegenüber seinen Mitschülern aufholen. Das Theater half ihm dabei, beziehungsweise die Theater AG. Dort konnte er die Realität hinter sich lassen und den darstellen, der er gern gewesen wäre. Ihm gefiel die Rolle des heldenhaften Räubers besonders. Er war dann stark, entschlossen und erledigte seine Gegner mit einem einzigen Faustschlag. Zusammen mit Freunden dreht er einen Amateurfilm, ein Remake der Krimi-Saga „Krake“.

Mischa kam schnell auf den Geschmack und dem Remake folgten andere Sachen. Sie drehten Pornofilme. Wer weiß, vielleicht wäre sein Leben in ganz anderen Bahnen verlaufen, wäre die Pornoproduktion nicht rechtzeitig gestoppt worden. Der Vater einer der Darstellerinnen erkannte bei Durchsicht der Videoreihe seine minderjährige Tochter, und es kam zu Skandal. Kameras und Montagetechnik wurden eingezogen und die ganze Clique fand sich fast vor Gericht wieder. Mischa hatte Glück, er beschäftigte sich ausschließlich mit den Szenarios und der Kasse, so war er weder im Abspann noch in den Videos zu sehen. Aber die Boulevardpresse publizierte einige interessante Materialien darüber, dass „Saakaschwili sich in Pornofilmen hat filmen lassen, um eine teure Prestigeuniversität in Amerika bezahlen zu können“.

(<http://inventionpilot.com/?p=9>)

Das Gleiche schrieb auch die Internetzeitung „Gru-sija-News“. Saakaschwili hat dies niemals bestätigt oder bestritten.

(<http://www.gruzianews.ru/366.html>)

Die größten Probleme bereitete die Immatrikulation an Hochschulen in Tbilisi. Nach dem Pornoskandal konnte er die Uni vergessen. Geholfen hat ihm „Blat“.

Dieses Wort ist in Deutschland praktisch unbekannt. Das Wort „Empfehlung“ trifft es nur ungenau. In der UdSSR und natürlich auch in Georgien bedeutete „Blat“ manchmal mehr als persönliche Beziehungen. Sie wollen zum Beispiel an der Universität arbeiten. Sich einfach zu bewerben hat kein Sinn, es ist ja schließlich nicht Europa. In den Sowjetzeiten konnte nur der eine gute Stelle bekommen, der mit der Nomenklatura verbunden war oder „Blat“ hatte. Mit anderen Worten - man musste sich an einen Bekannten wenden, der wiederum Bekannte hatte, die jemanden kannten, der die Entscheidung über die Besetzung des Postens traf. Das nächste Mal funktionierte das System dann in die andere Richtung. Eine besondere Art von „Blat“ waren Verwandte in Machtpositionen, vor allem bei der Miliz oder beim KGB.

Erstens war die Familie Saakaschwili seitens des Großvaters eng mit dem KGB verbunden. Zweitens arbeitete sein Onkel, Timur Alasania, im geor-

gischen Außenministerium und hatte parallel dazu ein „Dach“ bei der Staatssicherheit.

(„Ein Dach haben“ - bedeutet im russischen und postsonjetischen Jargon den Schutz irgendeiner Struktur - regierenden oder kriminellen. Am meisten verbreitete „Dächer“: Innenministerium, Staatssicherheit, Armee. Kriminelle „Dächer“ - kriminell organisierte Gruppen, die ihre Einflussbereiche untereinander aufteilen - territorial oder nach Interessen.)

Der Onkel findet einen Ausweg, Mischa wird nach Kiew geschickt, wo er ohne Probleme als Student des Instituts für Internationale Beziehungen immatrikuliert wird. Allerdings holt ihn die Pornovergangenheit wieder ein. Im laufenden Semester wird er exmatrikuliert, die Hochschule bekam einen anonymen Brief, in dem das unmoralische Vorleben des Studenten Saakaschwili beschrieben wurde. Jetzt brüstet sich der georgische Präsident voller Stolz damit, dass er nichts mit den Kommunisten und dem Komsomol zu tun hatte. Doch tatsächlich wurde er aus der Jugendorganisation wegen „Andersartigkeit“ ausgeschlossen. Der Onkel wurde erneut zur Hilfe gerufen und fand wieder einen Ausweg - die Schande musste durch den Armeedienst wettgemacht werden.

Zwei Jahre später kommt Saakaschwili rehabilitiert aus der Armee zurück und kann sein Studium am Kiewer Institut fortsetzen.

Die UdSSR befindet sich mitten in den Wirren der Perestroika, und in der Ukraine gewinnen ultra-nationale Ideen, basierend auf der Abneigung gegenüber Russland, an Zulauf. Mischas Kommilitonen gehören überwiegend zur Kiewer „Goldenen Jugend“, die naiv glaubt, man müsse nur eine Revolution machen, dann würde jeder auf einer „goldenen Toilettenschüssel thronen“. Junge Leute, deren Eltern selbst überzeugte Kommunisten und Nomenklatura waren und es ihren „Babies“ ermöglichten, den Westen zu sehen, waren jetzt davon überzeugt, dass „der Westen ihnen helfen“ würde. Sie waren beseelt vom Machtstreben, Hass auf die Russen und dem Wunsch „Westler“ zu werden. In diesem „Kessel“ voll neuer Ideen, gepaart mit der Überzeugung eigener Einzigartigkeit verbrachte Saakaschwili seine Studentenjahre.

1992 schloss Mischa seine Hochschulausbildung ab und hatte großes Glück, er fand gleich einen guten Job. Er bekam die Stelle des juristischen Beraters beim Staatlichen Komitee für Menschenrechte. Diese interessante Institution wurde von dem ersten Präsidenten des unabhängigen Georgiens in Leben gerufen - Zwiad Gamsachurdia, der den nationalistischen Slogan „Georgien den Georgiern“ vor sich hertrug. In diesem Komitee „reifte“ Saakaschwilis eigene Idee von einem freien Georgien heran, in dem ethnischen Minderheiten eine zweitrangige Bedeutung zugedacht wurde.

Zu der Zeit wurde Georgien bereits von Kriegen erschüttert, von politischen Morden und wirtschaftlichem Zerfall. Vielversprechende Perspektiven für einen jungen, aufstrebenden Juristen gab es nicht, und so wandte sich Saakaschwili wieder an den allmächtigen Onkel. Wenig später verabschiedete Misha sich nach Strasbourg, wo er in dem ruhigen Internationalen Institut für Menschenrechte arbeitete. Schon ein Jahr später fand er sich in Amerika wieder, wo ihm eine wissenschaftliche Stelle an der New Yorker Columbia Universität angeboten wurde. Später arbeitete er eine Weile an der G. -Washington -Uni und bildete sich an der Akademie für Europäisches Recht in Florenz und der Akademie für internationales Recht in Den Haag weiter.

1995 verteidigte Saakaschwili seine Doktorarbeit an der G. -Washington -Universität.

Eine neue Etappe seines Lebens begann, als er Sandra Ruloffs (niederländische Staatsbürgerin) kennenlernte. Saakaschwili wird endgültig zum Westler. Nach der Hochzeit bekommt er Arbeit in dem angesehenen norwegischen Institut für Menschenrechte, wechselt danach auf eine gutbezahlte Stelle in die bekannte New-Yorker Anwaltskanzlei „Peterson, Balkner, Web & Tyler“, die auf Tätigkeiten für amerikanische Öl-, Gas- und andere Interessengruppen in „Risikogebieten“ spezialisiert ist. In Georgien wird diese Kanzlei juristischer Partner der Jugendorganisation „Kmara“, die maßgeblich an der Vor-

bereitung der Rosenrevolution beteiligt ist, in deren Ergebnis Michail Saakaschwili im November 2003 georgischer Präsident wird.

Nach dem Umsturz befreiten die Sponsoren den frischgebacken Präsidenten von der lästigen Pflicht, seine Verbündeten zu versorgen. Der Regierung wurden einfach Mittel zur Verfügung gestellt, aus denen sowohl die Gehälter für Minister und Stellvertreter bezahlt wurden, als auch das Gehalt des Präsidenten. Nach einigen Internetquellen kamen die Mittel von Firmen und Fonds aus den USA. Folgende Gehälter wurden gezahlt: der Präsident, der Premierminister, der Parlamentsvorsitzende und der Vorsitzende des Obersten Gerichts - 1500 Dollar pro Monat, die Minister - 1200 Dollar, der Oberkommandierende der Streitmacht - 1000 Dollar usw. Bedenkt man, dass ein durchschnittliches Gehalt in Georgien 70 Lari (35 Dollar) betrug und der ehemalige Präsident Schewardnadse offiziell 400 Lari (200 Dollar) bekam, dann sahen die Verdienste der Angestellten der „siegreichen Demokratie“ doch sehr beeindruckend aus.

Finanzierungen für militärische Zwecke wurden großzügig verteilt. In der Umgebung des Präsidenten ging der Kampf um die besten Kuchenstücke los.

Der Ex-Verteidigungsminister, Iraklis Okruaschwili, verkündete lautstark: „40 % der Tochterfirma „Bilane - Mobitel“ gehören Michail Saakaschwili. Die Fernsehgesellschaft „Rustawi - 2“ gehört auch dem

Präsidenten. Waffenhauptimporteur ist der Neffe des Präsidenten, Niki Alasania!“

Laut Okruaschwili wurde zur Zeit, als er noch Innenminister war, in den USA wegen des Vorwurfs der Erpressung und Schmiergeldannahme in Höhe von 200 000 Dollar eben jener berühmte Onkel des Präsidenten, Timur Alasania, festgenommen. Auf dringende Bitten des Präsidenten ließ man ihn wieder frei.

Die Tür zur großen Politik wurde Saakaschwili seinerzeit durch den Vorsitzenden des georgischen Parlaments, Zurab Zhwania, geöffnet. Bei einem USA-Besuch stellte er dem damaligen Präsidenten Schewardnadse einen Freund vor, einen jungen Landsmann, der bei einer New-Yorker Anwaltskanzlei arbeitete. Bald darauf kehrte Saakaschwili in die Heimat zurück und wurde Abgeordneter, später Fraktionsvorsitzender seiner Partei im Parlament. Schewardnadse schätzte das Feuer und den Elan des jungen Abgeordneten.

Im Jahr 2000 ernennt er ihn zum Justizminister. Schon im November 2003 „dankt“ Michail Saakaschwili seinem Gönner, „dem durchtriebenen Fuchs“, in vollem Maße für das Vertrauen. Er, Zurab Zhwania und der Parlamentspräsidentin Nino Burdschanadze veranstalten einen Putsch und zwingen Schewardnadse zum Rücktritt.

Seit Januar 2004 ist Saakaschwili gewählter Präsident und Zurab Zhwania georgischer Premierminister.

Mischa mag das Rampenlicht nicht teilen, vor allem aber nicht die Macht. Er befürchtet, Zhwania könnte irgendwann Ansprüche auf das Präsidentenamt erheben. Er kam auf mysteriöse Weise ums Leben. Auf die Umstände des Todes von Zhwania kommen wir noch zurück, sie sind ein wichtiger Aspekt, um das Wesen von Michail Saakaschwili zu verstehen.

Auch Probleme mit Russland begannen praktisch sofort nach der Revolution, obwohl Mischa Moskau eigentlich hätte dankbar sein müssen. Nachdem er mit seinen Anhängern das Parlament gestürmt hatte, war die Lage in Land aufgeheizt bis zum Gehtnichtmehr. Welche Position Moskau einnehmen würde, war unklar. Es war nicht auszuschließen, dass Moskau die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung fordern und Eduard Schewardnadse unterstützen würde. Aber man entschloss sich in Moskau, Georgien seine Probleme selbst lösen zu lassen. Laute Töne oder Drohungen in Richtung Saakaschwili oder Tbilisi kamen aus Moskau nicht. Wahrscheinlich hielt Mischa diese für die zivilisierte Welt normale Verhaltensweise für Schwäche und begann Russland zu attackieren.

Saakaschwili verkündet die liberale Marktwirtschaft und den Weg in die NATO und EU, gegenüber Moskau nimmt er einen harten Konfrontationskurs ein und beschuldigt Russland, die „separatistischen“

Strömungen in Abchasien und Südossetien zu unterstützen.

Indes kommen die angekündigten Reformen nicht voran, die Versprechen werden nicht eingelöst. Der Unmut über Saakaschwilis Politik wächst, die Opposition formiert sich, und es kommt zu massenhaften Protestaktionen. Im November 2007 nahmen daran etwa 50 Tausend Menschen teil. Saakaschwili befiehlt die Demo gnadenlos nieder zu walzen. Die Polizei und Sondereinsatzkommandos setzen Tränengas, Schlagstöcke und Wasserwerfer ein. 508 Menschen werden mit Verletzungen verschiedenster Intensität in Krankenhäuser gebracht. Danach wird der Ausnahmezustand erklärt. Und die Arbeit von unabhängigen Radio- und Fernsehsendern gedrosselt, Demonstrationen und Streiks werden verboten.

Im selben Herbst tritt bei dem oppositionellen TV-Sender „Imedi“, der dem Oligarchen Badri Patarkazischwili gehört, der ehemalige Verteidigungsminister Irakli Okruaschwili auf und verkündet, dass „alltägliche Repressionen und Morde inzwischen zum Tagesgeschäft der Regierung gehören“ und, dass Saakaschwili mit ihm darüber gesprochen hätte, wie wünschenswert es wäre, den Oligarchen zu eliminieren.

Okruaschwili wird verhaftet, der Sender geschlossen, der 53-jährige Milliardär Patarkazischwili stirbt bald darauf unter ungeklärten Umständen in England.

Der georgische Präsident diskreditiert komplett alle

westlichen Werte und macht die demokratische Solidarität lächerlich. Den größten Schaden erlitten die USA, die ganz auf ihn gesetzt hatten.

Nach dem Angriff auf Südossetien sinkt das Vertrauen des Westens gegenüber Saakaschwili persönlich immer tiefer. In letzter Zeit darf er immer seltener europäische Hauptstädte besuchen, wird praktisch zum „Non Welcome“-Politiker Politiker.

Saakaschwilis autoritäre Art, die jede alternative Meinung ignoriert (es reicht anzumerken, dass in den letzten vier Jahren die georgische Verfassung fünf Mal geändert wurde, ohne dass dazu die politischen Opponenten gehört wurden), veränderte auch die Opposition. Sie wird immer radikaler und beginnt damit, antiamerikanische Slogans zu nutzen. Grund ist die bedingungslose Unterstützung des Präsidenten durch die US-Führung, die vor zum Himmel schreienden Menschenrechtsverletzungen die Augen verschließt.

Nach Einschätzung von Experten der unabhängigen Analysegruppe „International Crisis Gruppe“ (ICG), verletzt die georgische Führung bei dem immer währenden Kampf um die Festigung der Machtstrukturen offen die Rechte der Bürger. Einige NGOs, unter ihnen auch „Human Rights Watch“ dokumentieren in letzter Zeit immer mehr Vorfälle, bei denen der georgische Machtapparat eine übertriebene Aggressivität gegenüber seinen Staatsbürgern an den Tag legen. Gewalt wird sowohl gegen

politische Gefangene angewendet als auch gegen „ganz normale“ Bürger, die an einer von der Opposition organisierten Demonstration teilnehmen. Nach Einschätzungen der ICG gibt es in Georgien im Moment keine unabhängige Rechtsprechung und keine freien Massenmedien. Die wirtschaftlich-soziale Situation verschlechtert sich, die Bevölkerung verarmt. Maßnahmen unter dem Titel „Korruptionsbekämpfung“ bedeuten übersetzt: „Rache an politischen Opponenten“.

UNO-Vertreter und viele westliche Aktivisten verurteilten die übertriebene Gewalt bei der Unterdrückung der Demos. Auf Anweisung von Saakaschwili wurde gegen die Demonstranten eine psychogene Waffe eingesetzt - ein amerikanischer akustischer Generator, der Panikzustände und Nervenzusammenbrüche hervorruft. Dieses Gerät wurde auf den Polizei-Jeep montiert und gegen Demonstranten gerichtet, die sich daraufhin zerstreuten. Danach verfolgten die Polizisten die in dem Moment völlig wehrlosen Menschen und verprügelten sie brutal. Zuvor wurde dieses Mittel bereits im Irak angewendet.

Im Interview mit dem Verlag „Resonanzi“ erklärte die ehemalige Außenministerin Salome Zurbischwili, dass die Verbrechen Saakaschwilis und seiner Umgebung es wert wären, vor einem Internationalen Tribunal untersucht zu werden. Gesetz und Ver-

fassung werden nicht mehr befolgt, die Menschenrechte systematisch verletzt.

Nach Worten des Anführers der politischen Union „Imedi“,

I. Sarischwili, ist in Georgien der politische Terror aktiviert worden. Auftragsmorde gehören zum georgischen Alltag. Mit vier Kopfschüssen wurde der Oppositionsführer der Gesellschaft „Mdzleuli“, Gela Meladse, hingerichtet. Auf ähnliche Weise wurde der Gesellschafts- und Politikaktivist, der

Vorsitzende der Oppositionspartei „XXI Jh. – Sprache, Heimat, Glauben“, Guram Scharadze, getötet. Er war als Kämpfer für nationale und orthodoxe Werte bekannt. Als einer der wenigen traute er sich offen gegen die Funktionäre der regierenden Partei „Einheitlich nationale Bewegung“ vorzugehen.

Die britische Zeitung „The Sunday Times“ meldete den Mordanschlag auf den Präsidentschaftskandidaten Zhwania und postete auf ihrer Website „timesonline.co.uk“ eine fast 46-minütige Tonbandaufnahme, auf der zu hören ist, wie zwei Unbekannte die Details des geplanten Mordes besprechen. Nach der Version der „Sunday Times“ sprechen da ein Mitarbeiter des georgischen Innenministeriums und der vermutliche Organisator des Anschlags, der tschetschenische Kämpfer Uwas Achmadow miteinander. Dabei bat der Auftraggeber darum, den Mord so aussehen zu lassen, als hätte der russische Geheimdienst seine Finger im Spiel.

Nach der offiziellen Version, durch den Innenminister W. Merabischwili verbreitet, wurden Zhwania und sein Vertrauter Jussupow in einer „konspirativen Wohnung“ durch austretendes Gas getötet. Allerdings stellte sich bei einer Rekonstruktion des Tathergangs durch das FBI heraus, dass eine tödliche Gaskonzentration in diesen Räumen nicht erreicht werden konnte. Am Heizkörper selbst gab es keine Spuren einer Fehlfunktion oder eines Gaslecks. In der gesamten Wohnung fand man keine Fingerabdrücke oder andere Spuren, die auf menschliches Leben in der Wohnung hingewiesen hätten, außer einigen wochenalten Zigarettenkippen. Zhwanias Leibwache war physisch nicht in der Lage, durch das Fenster in den ersten Stock zu klettern, was sie aber nach eigener Aussage gemacht haben wollen, als sie mitkriegten, „dass etwas nicht stimmt“. Alles deutete darauf hin, dass beide an einem anderen Ort getötet und eiligst in die „konspirative Wohnung“ geschafft wurden.

Wie die letzten Wahlkampagnen zur Vorbereitung der anstehenden Präsidenten- und Parlamentswahlen zeigten, versuchten Saakaschwili und seine Anhänger die Verwaltungsressourcen optimal auszuschöpfen, wobei sie oftmals in aller Öffentlichkeit gegen die Wahlgesetze verstießen. Es sind Fälle dokumentiert, bei denen sie den lokalen Verwaltungen mit Kündigung drohten, wenn diese sie in den kommenden Wahlen nicht unterstützen würden. Es wur-

de die gerichtliche Verfolgung und Vertreibung von Parteien aus ihren Bürogebäuden organisiert, die die Regierung kritisierten („Grüne“, „Nationale Einheit“, „Nationale Front“).

Telefone von Oppositionsanhängern wurden ohne rechtliche Grundlage angezapft. Nach den Worten des Vorsitzenden der Partei „Die neuen Rechten“ David Gamkrelidse, startete die Regierung in den von Minderheiten bewohnten Regionen eine „dreiste Einschüchterungs- und Verfolgungsaktion“ gegen die Wähler. Gamkrelidse sagt, dass die Befreiung Georgiens vor dem „blutigen Saakaschwili-Regime“ die Priorität für die Opposition darstellt. Einer der Anführer der Liberalen, Kachaber Dzaganian, stimmt ihm zu und sagt: „Die Menschen sind zu allem bereit, nur um Saakaschwili loszuwerden, sie sind sogar bereit, zu den Waffen zu greifen, nur um das Land von dieser Regierung zu befreien“.

Wobei es in Georgien andere Wege gibt um das politische Feld auf eine relativ „humane“ Art zu „säubern“ – Mithilfe der kontrollierten Gerichtsbarkeit. Im Dezember letzten Jahres bereits zeigte sich das UN-Komitee für Menschenrechte „von dem Problem der Korruption des georgischen Rechtssystems, dem niedrigen Level der Richter in Bezug auf internationale Standards der Menschenrechte, der übertriebenen Gewaltanwendung von ausführenden Organen bis hin zu Folter“ besorgt.

Bei der gegenwärtigen georgischen Führung wur-

de das Fällen von „bestellten“ Urteilen zur gern benutzten Praxis. Die Richter werden angehalten, sich nicht nach der Gesetzgebung zu richten, sondern nach der Entscheidung des von Saakaschwili persönlich besetzten Obersten Gerichtshofs. Damit sichern die Richter ihre Posten und erhalten darüber hinaus finanzielle Zuwendungen. Andernfalls werden sie schlicht ihres Postens enthoben. Nach dem Inkrafttreten der letzten Änderungen kann jede Gerichtsverhandlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt werden, Foto- und Videoaufnahmen sind verboten. Die Richter werden von strafrechtlicher Verfolgung befreit, selbst wenn sie Urteile fällen, die gegen das Gesetz verstoßen.

Unter dem Vorwand die Effektivität der Strafverfolgung zu steigern, brachte das georgische Parlament eine Reihe von „demokratischen“ Änderungen in das Strafgesetzbuch ein. Zu allererst wurden Abhöraktionen und Beschwerden legalisiert. Gemäß Abschnitt sechs (Kapitel XXXIII, § 263, Punkt 2) kann ein Verfahren aufgrund einer „anonymen Meldung“ eingeleitet werden. Bei Erhalt einer solchen Meldung „liegt es im Ermessen des Ermittlers, ob die Einleitung eines Verfahrens sinnvoll erscheint“. Der Begriff „Hausarrest“ wurde abgeschafft und die kleinstmögliche Summe für eine Kaution auf 2000 US-Dollar erhöht. Das bedeutet, nach den neuen Strafgesetzen kann nur ein sehr reicher Mensch in Freiheit auf sein Urteil warten. Die wohl „demokra-

tischste“ Neuerung ist das „Institut des anonymen Zeugen“. Gestützt auf Aussagen eines Anonymus kann ein konkreter Mensch beschuldigt, ein Verfahren eingeleitet und sogar ein Urteil gesprochen werden. Dabei kann der „Zeuge“ aus Sicherheitsgründen von der Aussage vor Gericht befreit werden, und seine Daten werden „kodiert“.

Das so modifizierte Gerichtssystem funktioniert fehlerfrei zu Gunsten des momentanen georgischen Regimes. So verurteilte das Gericht in Tbilisi den Anführer der Oppositionsbewegung „Vorwärts Georgien“, Irakli Batiaschwili, zu sieben Jahren Gefängnis. Er wurde der Vorbereitung eines Staatsstreichs für schuldig befunden. Die Anklage basierte auf seinen öffentlichen, darunter auch im TV übertragenen, Auftritten. Als Hauptbeweis fungierte die Aufzeichnung eines Telefonats mit dem ehemaligen Abgesandten der Kodoraschlucht, Emsar Kwiziani, der sein Ungehorsam gegenüber der georgischen Führung äußerte. Dieses Gespräch wurde als „intellektuelle Unterstützung“ bei der Vorbereitung einer Verschwörung gewertet.

Ein anderes Beispiel für die Voreingenommenheit und Abhängigkeit der Justiz lieferte der Prozess gegen die stellvertretende Vorsitzende der Oppositionspartei „Gerechtigkeit“ Maja Topuria und zwölf weitere Oppositionelle. Sie werden beschuldigt, einen Umsturz geplant zu haben. Trotz der Forderung der Angeklagten, ihrer Familien und Anwälte, einen

offenen Prozess zu führen, entschied das Gericht von Tbilisi, das Verfahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu führen. Somit wurde dem Antrag der Generalstaatsanwaltschaft auf einen geschlossenen Prozess zum Schutz der geheimen Zeugen und Dokumente stattgegeben.

In der Verlautbarung an die Presse unterstreichen die amerikanischen Strafverteidiger Melinda Sarafa, Laurence Barsella und Robert Fogelnest, dass das Verfahren wegen Staatsverrats gegen Topuria „politisch motiviert“ sei und zeigten sich über die Entscheidung das Verfahren zu schließen, aufs äußerste enttäuscht. Die Anwälte aus den USA unterstrichen zudem, dass sie zum ersten Mal mit einem solchen Ausmaß von Falsifikation konfrontiert wurden. Im Gericht lasen 17 vermummte „Zeugen“ Aussagen vor, die in der Georgetown Universität entsprechend untersucht wurden. Nach Meinung der Experten wurden alle 17 „Aussagen“ von einer einzigen Person diktiert. 17 Zeugen wiederholten 700 gleiche Ausdrücke und Phrasen. Trotzdem wurden die Oppositionellen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Mit Oppositionellen und anderweitig für Saakaschwili unbequemen Leuten macht man in Georgien kurzen Prozess, wirft sie aus fadenscheinigen Gründen ins Gefängnis, wendet Gewalt an. Genau so wurde der ehemalige Verteidigungsminister Irakli Okruaschwili vom politischen Spielfeld entfernt. Die Bilder von seinem Auftritt im Gefängnis liefen über alle Fern-

sehsender. Er wurde gezwungen, sich öffentlich von allen seinen Anschuldigungen zu distanzieren. Sonst würde man ihn in eine Zelle mit Kriminellen verlegen, die auf Befehl der Gefängnisleitung zu allem bereit wären. Das wurde nach Okruaschwilis Freilassung und seiner Flucht in ein europäisches Land bekannt, wo er ohne Sorge um sein Leben über die Arbeitsmethoden des offiziellen Tbilisi berichten konnte.

Ein anderes Opfer ähnlicher „Erziehungsmaßnahmen“ wurde der ehemalige Stellvertreter des Leiters der Generalinspektion beim georgischen Innenministerium, David Kekua, der in seiner Zelle Selbstmord beging. Seine Verhaftung hatte zum Ziel, seinen Platz für einen Verwandten eines der Anhänger des Präsidenten zu räumen. Kekua hatte nicht vor, sich der fiktiven Verbrechen schuldig zu bekennen und der Prozess scheiterte. Man steckte Kekua in eine so genannte „Press-Zelle“, wo er vergewaltigt wurde. Nicht in der Lage die Schande zu ertragen, tötete er sich selbst.

Repressionen, die auf die Opposition gerichtet waren, beschrieb einer ihrer Anführer, G. Chaindrawa, als „staatlichen Terrorismus“. Besonders offenkundig wurde das im Zusammenhang mit den Geschehnissen in Zugdidi, wo junge Leute mit Zustimmung der Polizei, Abgeordnete und einfache Besucher einer Oppositionsdemo verprügelten. Einer Attacke

seitens der Unbekannten sah sich auch Chaindrawa selbst ausgesetzt.

Die Laborpartei Georgiens schickte eine Aufforderung an das amerikanische Statedepartment, die herrschende Partei „Vereinte Nationale Bewegung“ auf die Liste der terroristischen Organisationen zu setzen.

Neben der Säuberung des politischen Feldes wird in Georgien gerade auch Privateigentum intensiv umverteilt. In der Rolle der Umverteilter treten Menschen aus Mischas direktem Umfeld auf. Besitzer von ins Visier geratenen Objekten werden Repressionen und Verhaftungen ausgesetzt. Den Rekord hält der Schwager des Ex-Präsidenten Schewardnadse, der Chef der Mobilfunkfirma „Magti“, Georgij Dzhochtaberidse. Für seine Freilassung hat er etwa 15 Mio. Dollar bezahlt. Etwa die gleiche Summe wurde für Diana, die Tochter des ehemaligen Präsidenten von Adzharia bezahlt. Nach der Zahlung einer Kaution in Höhe von 6 Mio. Dollar wurde der Ex-Minister Okruaschwili freigelassen.

Es gibt Grund zur Annahme, dass die Verhaftungen vieler bekannter und einflussreicher Menschen in den Städten Kutaissi und Gori auf dieselbe Art enden werden.

Gewalt am Individuum ist zu einem untrennbaren Teil des georgischen Alltags geworden. Nach Angaben von Experten gab es so viel Blutvergießen durch Schuss- und Stichwaffen seit dem Bürgerkrieg in den

90er Jahren nicht mehr. Selbst nach offiziellen Angaben wurden in der letzten Jahren auf den Straßen von Tbilisi mehr als 18 Tausend schwere und besonders schwere Verbrechen verübt. Aufgeklärt wurden nur 17 %. Zum Vergleich: im Jahr 2001 gab es etwa 2473 Verbrechen dieser Art mit einer Aufklärungsquote von 84 %. Der Vorsitzende des „Nationalen Forums“ erklärt dazu: „Die Jugend im heutigen Georgien ist besonders aggressiv, weil sie keine Autoritäten und Grenzen anerkennt. Saakaschwili redet ihnen ein, ihre Eltern seien korrupt und alt, und dass man deren Meinung ignorieren könne“.

In seiner Ansprache an die Mitarbeitern der Sicherheitsorgane verkündete der Präsident: „Wenn der Verbrecher für die Bewohner oder die Polizisten eine Gefahr darstellt, dann haben die Beamten das Recht, nicht ihr Leben zu riskieren und die Delinquenten sofort zu erschießen“. Nach diesem Ritterschlag häuften sich sofort die Fälle, in denen Polizisten tödliche Schüsse auf lebende Zielscheiben abgaben - ohne ausreichende Gründe. Lokale Pflichtverteidiger vermerken: „Man könnte meinen, die Polizisten hätten verlernt, in die Luft oder wenigstens in die Beine zu schießen, sie zielen sofort tödlich. „Vielleicht“, sagen die Verteidiger, „liegt es an den überfüllten Gefängnissen, und die Regierung hat sich eine Methode einfallen lassen die „Zellenfrage“ untraditionell, aber effektiv zu lösen.“

Nach Angaben des EU-Komitees zur Verhinde-

rung von Folter stieg die Zahl von Inhaftierten in georgischen Gefängnissen in den letzten vier Jahren um mehr als das doppelte und betrug im März 2008 16500 Menschen, während die Einrichtungen nur 14000 aufnehmen können.

In fast allen Untersuchungshaftanstalten beträgt die Wohnfläche für einen Menschen kaum zwei Quadratmeter. Nach europäischen Standards sollen es aber nicht weniger als 4 Quadratmeter sein. Am schwierigsten ist die Situation im Gefängnis Nr. 5 in Tbilisi, dessen Kapazität um etwa das 400-fache überschritten wurde.

Die den Sicherheitsdiensten zugestandene Allmacht führt immer öfter zum Tod einfacher Bürger. Das wohl zynischste Beispiel ist der Mord an dem Manager der „Vereinten Georgischen Bank“ Sandro Girgwliani. Im Restaurant „erlaubte“ er sich, auf Beleidigungen einiger höhergestellter Beamter des Innenministeriums entsprechend zu reagieren. Am selben Abend fand man ihn auf dem Friedhof eines Vorortes von Tbilisi - zu Tode geprügelt. Trotz großer Bemühungen einiger Interessierter die Sache zu vertuschen, fand dieser Fall eine enorme gesellschaftliche Resonanz. Im Ergebnis war das Gericht gezwungen, vier Handlanger zu verurteilen. Über die Hintermänner verlor man indes kein Wort.

*Das Wasser rinnt hinab die Wand
 Aus leeren Höhlen starren Fenster kahl
 Die ewige Agave in dem trockenen Wein
 Und der Geruch des leeren Hospitals*

15. ETHNISCHE PROBLEME IN GEORGIEN

Wenn in einer Wohnung auf Dauer mehrere Familien wohnen, ist ein Konflikt früher oder später unvermeidlich, selbst wenn sie miteinander verwandt sind. Auch nachdem Georgien durch seine unüberlegten und aggressiven Handlungen Südossetien und Abchasien verloren hat, bleibt es doch ein Land, in dem nicht nur Georgier leben. Es ist ein multinationaler Staat, in dem viele zahlreiche oder weniger zahlreiche nationale und ethnische Minderheiten leben. Und jede von Ihnen will ihr „eigenes Zimmer“. Das ist jedoch nicht so einfach. Minderheiten haben in Georgien nicht dieselben Rechte wie die georgische Bevölkerung. Tbilisi verfolgt eine Politik der Erschaffung eines monoethnischen Staates, verleugnet die Rechte anderer Völker. „Georgien den Georgiern“ - diesen Slogan prägte der erste georgische Präsident Zwiad Gamsachurdia. Gut möglich, dass er unter Xenophobie litt, aber sein Bestreben, die Georgier über die übrige Bevölkerung zu stellen, wurde zu einer ansteckenden Idee, zur Ideologie. Die Mehrheit der ethnischen Georgier empfindet andere Völkergruppen als Gäste, die sich nicht in

die georgische Gesellschaft integrieren wollen. In diesem Zusammenhang sorgen bei vielen Georgiern vor allem Armenier, Aserbaidchaner und Griechen für Verdruss. Gegenüber den in Gruppen siedelnden Griechen verfolgte Georgien in den letzten Jahren eine offen aggressive Politik mit dem Ziel der schnellstmöglichen Vertreibung. Im Ergebnis dessen blieben von den 100 000 Griechen (im Jahr 1990) etwa zwei Tausend. Und allen Voraussagen nach werden die Griechen in nächster Zukunft zur Geschichte gehören.

Kompliziert bleibt die Situation von Aserbaidchanern und Armeniern. Die georgische Regierung unternimmt alles, um sie zur Assimilation zu bewegen, gibt ihnen keinen Grundbesitz, keine Beamtenposten, unterbindet gewinnbringenden Handel mit Aserbaidchan und Armenien durch strenge Zoll- und Grenzbestimmungen. Armenier und Aserbaidchaner sind kaum in den verschiedenen Gremien des Gesellschaftslebens vertreten, das betrifft auch die Regierung, und kaum stattfindenden Dialog mit dem offiziellen Tbilisi verschärft die Lage nur. Noch komplizierter ist das Verhältnis zwischen den ethnischen Gruppen unter einander, zum Beispiel zwischen Armeniern und Aserbaidchanern. Internationale Experten äußern sich besorgt über die Möglichkeit einer Auseinandersetzung zwischen den beiden Gruppen in Georgien. Die georgische Seite gießt regelmäßig Öl ins Feuer und verstärkt so ge-